4. Integration beinhaltet das klare und vorbehaltlose Bekenntnis zu den Grundwerten der westeuropäischen Verfassungen, nicht aber, wie es "pro Köln" verlangt, "sich den hiesigen Sitten und Gebräuchen anpassen" zu müssen.

Die muslimische Minderheit in Deutschland sieht sich vor die Aufgabe gestellt, eine eigenständige muslimische Identität auszubilden. Der damit verbundene Integrationsprozess ist eine Aufgabe, die die Bürgergesellschaft insgesamt herausfordert. Ein solcher Integrationsprozess ist langwierig und verläuft - wie iede demokratische Entwicklung - nicht ohne Konflikte. Er ist jedoch unverzichtbar. Auch unsere Vaterstadt Köln braucht für ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft die Einbeziehung der Zugewanderten aus vielen Nationen und Kulturen. Die Abgrenzung von Teilen der muslimischen Bevölkerung und die Errichtung von Ghettos, würden auf lange Sicht den sozialen Frieden gefährden und das Zusammenleben eines Gemeinwesens schädigen.

Der Katholikenausschuss und der Evangelische Kirchenverband Köln und Region stellen sich gemeinsam mit vielen Christen und Christinnen dieser Herausforderung und wissen sich dabei der Völker verbindenden Vision Jesu Christi und der vielen Frauen und Männer in seiner Nachfolge seit 2000 Jahren verpflichtet. Das alte jüdisch/ christliche Gesetz des Handelns,

unter dem wir dabei stehen, bringt der Apostel Paulus in seinem Brief an die Galater präzise auf den Punkt: "Alles ist in dem einen Wort zusammengefasst: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst!" (5,14)

Hannelore Bartscherer, Vorsitzende Katholikenausschuss

Pfr. Rolf Domning Stadtsuperintendent des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region



Evangelischer
Kirchenverband Köln
und Region



Alles ist in dem einen Wort zusammengefasst:

Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst!

(Die Bibel, Galaterbrief 5,14)

Stellungnahme des Katholikenausschusses und des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region zusammen mit vielen Verbänden und Einrichtungen zur "Bürgerbewegung Pro Köln/ NRW"

Die rechtspopulistische "Bürgerbewegung pro Köln / Pro NRW" macht Stimmung gegen ein Köln vielfältiger Kulturen und Religionen. Sie agitiert gegen den Bau von Moscheen und bekämpft das Recht auf freie Religionsausübung. Ihre aggressive Polemik richtet sie insbesondere gegen Menschen islamischen Glaubens, Zuwanderer und Flüchtlinge. Zu diesem Zweck schließt "Pro Köln" Bündnisse mit Vertretern anderer europäischer Rechtsaußen-Parteien und versucht, mit einer Arbeitsgruppe unter der Bezeichnung "Christen pro Köln" in den Kirchen und ihrem Umfeld Fuß zu fassen.

"Pro- Köln" identifiziert Islam mit Islamismus und Terrorismus und instrumentalisiert damit Ängste in der Bevölkerung, um die eigenen nationalistischen und demokratiefeindlichen Ziele politisch akzeptabel erscheinen zu lassen. So behauptet sie lautstark das Scheitern jeden integrativen Prozesses und diffamiert ein gelingendes multikulturelles und interkulturelles Zusammenleben in Köln als "Illusion" und als "Gefahr", obwohl ernstzunehmende Bestandsaufnahmen und wissenschaftliche Untersuchungen zu ganz anderen Erkenntnissen kommen.

Der Katholikenausschuss und der Evangelische Kirchenverband Köln distanzieren sich ausdrücklich von dieser Bewegung und stellen fest:

Die "Bürgerbewegung pro Köln" als Ursprungsorganisation von PRO NRW wurzelt nachgewiesener Weise im Netzwerk rechtsextremer Gruppierungen und Parteien (-versuche). Strategisch geplant bedient diese Organisation mit ihren Schriften gezielt Vorurteile, erzeugt Fremdenfeindlichkeit und diffamiert ganze Bevölkerungsgruppen. Die Mehrheit der friedlich unter uns lebenden Muslime darf nicht wegen der zweifellos bestehenden Gefahr, die von gewaltbereiten Extremisten ausgeht, pauschal aggressiver Gewaltbereitschaft bezichtigt werden. Der Katholikenausschuss und der Evangelische Kirchenverband Köln und Region verurteilen alle Versuche, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus oder Rassismus zu schüren.

2. Wir erinnern an die Erklärung des 2. Vatikanischen Konzils über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen in der es heißt: "Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen, lebendigen und barmherzigen Gott anbeten. Die Heilige Synode ermahnt alle, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen." (NA 3)

Wir erinnern an die "Charta Oecumenica" der Konferenz Europäischer Kirchen und des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen, in der es heißt: "Auf unserem europäischen Kontinent zwischen Atlantik und Ural, zwischen Nordkap und Mittelmeer, der heute mehr denn je durch eine plurale Kultur geprägt wird, wollen wir mit dem Evangelium für die Würde der menschlichen Person als Gottes Ebenbild eintreten und als Kirchen gemeinsam dazu beitragen, Völker und Kulturen zu versöhnen."

Der Evangelische Kirchenverband Köln und Region hat deshalb auf dem Reformationstag 2007 erklärt: "Als protestantische Kirchen in Köln und Region knüpfen wir an die große europäische Geistestradition dieser Stadt an und setzen uns in der Tradition des Humanismus und der Aufklärung für Weltoffenheit und Weltverantwortung ein, verbunden mit der aus dem Glauben geborenen Zivilcourage des Einzelnen. Wir begrüßen die europäische Gesetzgebung, die sich gegen jede Form der Diskriminierung wendet".

Der Katholikenausschuss und der Ev. Kirchenverband Köln und Region sprechen sich entschieden für das Grundrecht der Muslime aus, in unserem Land Moscheen bauen zu können. Zur freien und ungestörten Religionsausübung gehört aus verfassungsrechtlicher und kirchlicher Sicht die Errichtung würdiger Gebetsstätten. Der Bau von Moscheen macht sichtbar, dass Muslime als gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen akzeptiert werden.